

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Pettzelle 26 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zelle 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Die Tarifbewegung des Hilfspersonal der Stein-, Licht- und Kupferdruckereien und chemigraphischen Anstalten in München. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906 (Fortsetzung). — Tarifdruck. — Brief aus Wachen. — Die Tarifbewegung in Königsberg. — Korrespondenzen (Hannover, Karlsruhe, Wahr in Baden, Leipzig, Nürnberg-Fürth). — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Brief aus Stuttgart. — Korrespondenzen (Breslau, Grimmitzschau, Hamburg).

Die Tarifbewegung des Hilfspersonal der Stein-, Licht- und Kupferdruckereien und chemigraphischen Anstalten in München.

Unser Bestreben, mit der Erneuerung des Tarifes für das Buchdruck-Hilfspersonal auch zu gleicher Zeit das Hilfspersonal der Stein-, Licht- und Kupferdruckereien mit einzuschließen, scheiterte, wie unsern Kollegen und Kolleginnen aus den früheren Berichten bekannt sein dürfte, an der ablehnenden Haltung des größten Teils der in Betracht kommenden Prinzipale. Wir wußten schon damals, daß der vom „hohen Norden“ ausgehende scharfmacherische Geist sich in den einzelnen Köpfen unserer Steindruckerei-Besitzer festgesetzt hatte, und in den Personen des Herrn Direktors Künzler in Firma Obpacher und des Herrn Direktors Depfer in Firma „Münchener Chromolithograph. Kunst-anstalt“ eifrige Förderer gefunden hatten, die es meisterhaft verstanden, eine Reihe weiterer Firmen in ihren Bannkreis zu ziehen, trotz der eingehenden Warnung einsichtsvoller, erfahrener und mit den Verhältnissen vertrauter Firmeninhaber. Zehn Münchener Unternehmer waren es, welche den heiligen Traditionen eines Herrn Dr. Gerschel unüberbrückliche Treue gelobten und damit die Hand boten, dem jahrzehntlang aufrecht erhaltenen Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen ganz empfindlichen Stoß zu verfehen. Es war deshalb auch kein Wunder, daß diese Herren den Kündigungsstermin des Tarifes kaum abwarten konnten und schon vorher den gelernten Arbeitern den Vertrag kündigten. Den Tarif für das Hilfspersonal hielt man nicht für notwendig zu kündigen, jedoch beantragten auch wir die Lösung des Vertrages resp. Revidierung der einzelnen Paragraphen des Tarifes. Das im August dieses Jahres gegründete graphische Kartell trat nun zum erstenmal in praktische Funktion und wurde in einer Sitzung desselben einstimmig beschlossen, daß die Lithographen und Steindrucker sowie die Buchbinder und das Hilfspersonal der Steindruckereien gemeinschaftlich in Aktion treten und ein Tarif für die eine Organisation nur abgeschlossen werden könne, wenn zugleich auch für die anderen beiden in Betracht kommenden Korporationen abgeschlossen wird.

In einer unerbittlichen Aussprache mit den neuen Anhängern des Schutzverbandes erklärten sich diese wohl bereit, mit den Hilfsarbeitern und den Buchbindern in Tarifverhandlungen einzutreten zu wollen, jedoch mit den Steindruckern und Lithographen nur dann, wenn die Möglichkeit des Abschlusses eines deutschen Tarifes gegeben sei, d. h., wenn die beiden Zentralvorstände in der Tariffrage einig geworden seien. Nun wissen diese Herren

Münchener Schutzverbändler so gut wie wir, daß Herr Dr. Gerschel der größte Feind jedweden Tarifabschlusses ist und daß ihr Verlangen hinter dieser Person Mumpitz in höchster Potenz bedeutet.

Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich denn auch wie die Buchbinder mit den Steindruckern solidarisch, und werden wir insgesamt den uns nun hingeworfenen Fehdehandschuh aufgreifen und den Kampf mit den tariffeindlichen Zöglingen des Schutzverbandes aufnehmen. Geschlossen und fest steht die Arbeiterschaft dem Unternehmertum gegenüber, die nun bereit sind, mit den Existenzen der Arbeiter ein frivoles Spiel zu treiben. Wir haben die Ueberzeugung, daß es gerade die Prinzipale sein werden, die später, wenn die bessere Einsicht wiederkommen wird, die tariflose Zeit erwünschten werden. Mag es nun kommen wie es will, so müssen wir doch heute schon sagen, daß das Ehrgefühl unserer Kollegen sie verpflichtet, nachdem der Tarif abgelaufen ist, diese tariffeindlichen Firmen, deren Namen wir jedem einzelnen fortwährend im Gedächtnis zu erhalten suchen werden, nur als Zufluchtsstätten in der höchsten Not zu betrachten.

Zum guten Glück, wie oben schon angeführt, haben sich in München auch noch einsichtsvolle Firmeninhaber gefunden, die keine Lust verspüren, sich zum Spielball der Launen des Vorstehenden des Schutzverbandes zu machen, und die sich bereit erklären, durch Vertragsabschluß mit der Arbeiterschaft den Frieden im Gewerbe zu erhalten, der einzig und allein das Blühen unserer Industrie verbürgt. Durch die Vermittlung des Gewerbegerichts vorsitzenden, Herrn Dr. Gehler, fand Montag, den 25. November, vormittags eine Besprechung der übrigen 14 nicht dem Schutzverband angehörigen Firmen und der Tarifkommission der drei Organisationen im Beisein des Hauptvorsitzenden des Vereins der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands, Kollegen Otto Sillier, statt, die dazu führte, eine Einigung in den Hauptpositionen zu erzielen und uns einen zufriedenstellenden Vertragsabschluß in den nächsten Tagen verbürgen, worüber wir den Lesern in nächster Nummer unseres Blattes berichten werden. Am selben Tage abends fand eine demonstrativ besuchte öffentliche Versammlung statt, die von den Steindruckern und Lithographen, sowie vom Hilfspersonal und den Buchbindern einberufen ward und in der Kollege Otto Sillier und Gauleiter Albert Schmid unter stürmischem Beifall referierten. Dieser enorme Besuch allein müßte die Münchener Herren vom Schutzverband zur Ueberzeugung gebracht haben, daß die Situation in München doch ein bißchen anders geartet ist, wie vielleicht in verschiedenen anderen Städten, und daß eine derartige disziplinierte Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist, die von Norden angebrochten Repressalien ruhig hinzunehmen.

Erwähnt muß noch werden, daß nun auch die Besitzer der Lichtdruck-Anstalten sich bereit erklärt haben, einen Tarif für das Hilfspersonal abzuschließen zu wollen. Die diesbezüglich vor dem Gewerbegericht stattgefundenen Verhandlungen endeten mit dem Resultat, das vorerst einmal die am meisten remedurbedürftigen Löhne für die Einlegerinnen und Retourneusen vertragsmäßig festgelegt wurden. Der Mindestlohn beträgt für diese beiden Sparten wöchentlich 12,50 Mk., der nach ein-

jähriger Tätigkeit in der Branche auf 18 Mk. festgesetzt wurde, bei täglich 8—8½ stündiger Arbeitszeit. Alle anderen Positionen sollen bei den Verhandlungen des Tarifes für das Steindruckerei-Hilfspersonal festgelegt werden. Sollte es jedoch zu keinem Tarifabschluß für letztgenanntes Personal kommen, so verpflichten sich die Herren, eine besondere Abmachung für das Hilfspersonal in Licht- und Kupferdruckereien tariflich festzulegen und auch für vorläufige Schaffung eines Orts-tarifes für das chemigraphische Hilfspersonal besorgt sein zu wollen.

Wir hoffen, in einer der nächsten Nummern der „Solidarität“ unserer Kollegenschaft die Einzelheiten der Abmachungen bekannt geben zu können und damit aufs neue den Beweis zu erbringen, daß wir unermüdblich besorgt sind, für alle unsere Kollegen und Kolleginnen, ganz gleich welcher Sparte sie angehören, Verbesserungen zu schaffen, betonen aber, daß dieses nur möglich ist beim Vorhandensein einer straffen Organisation, was die uns noch immer fernstehenden, unter den erbärmlichsten Arbeitsbedingungen frohnden Arbeitsbrüder und Arbeitsschwelgern einmal zum Nachdenken veranlassen sollte. A. Sch.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

(Fortsetzung.)

Die Erfolge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Bereits im vorigen Jahre wies die Statistik nach, daß auf dem Wege der Verhandlungen mit den Unternehmern mehr unmittelbare Erfolge erzielt wurden, als durch den Kampf mittels Arbeitseinstellung. Dasselbe trifft auch für das Jahr 1906 zu. Bei Angriffsbewegungen und Angriffsstreiks wurde erreicht

an Arbeitszeitverkürzung:
ohne Arbeitseinstellung
für 255 534 Personen 928 804 Stunden pro Woche,
durch Streik
für 75 646 Personen 289 882 Stunden pro Woche;
an Lohnerhöhung:
ohne Arbeitseinstellung
für 491 878 Personen 852 389 Mk. pro Woche,
durch Streik
für 154 253 Personen 359 506 Mk. pro Woche.
Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen:
ohne Arbeitseinstellung
in 2625 Fällen für 230 247 Beteiligte,
infolge Angriffsstreiks
in 616 Fällen für 71 361 Beteiligte.

Die Zugeständnisse, welche die Unternehmer in den Fällen den Gewerkschaften gemacht haben, ohne daß diese zu dem Mittel der Arbeitseinstellung zu greifen genötigt waren, haben sie nicht etwa aus Liebe zu den organisierten Arbeitern gemacht, sondern teils aus Furcht vor der überlegenen Macht der Gewerkschaften und teils aus kühler Berechnung heraus. Die Unternehmer fürchten jeden Streik, weil er ihnen stets, auch im Falle eines für die Arbeiter ungünstigen Ausgangs, Schaden, und oft recht beträchtlichen Schaden zufügt. Sie lernen nach und nach einsehen, daß es für sie besser ist, sich mit den Arbeitern zu verständigen und durch Abschluß von Tarifverträgen vor der Gefahr einer

plötzlichen Arbeitseinstellung gesichert zu sein. Je stärker und leistungsfähiger eine Gewerkschaft ist und je geschickter sie die wirtschaftliche Konjunktur, die Lage des Arbeitsmarktes, sowie alle anderen in Betracht kommenden Faktoren auszunutzen weiß, um so mehr Erfolg wird sie ohne Streik zu erlangen in der Lage sein. Wenn dennoch so mancher Streik den Arbeitern nicht die erwünschten Erfolge bringt, so trägt daran gar oft ihr Ungestümer, übrigens begreiflicher und entschuldbarer Drang die Schuld, indem sie sich durch die Unternehmer, oft entgegen den Ermahnungen ihrer Führer, zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeitseinstellung provozieren lassen. So ist auch bei Abschluß korporativer Arbeitsverträge die weiteste Vorsicht geboten, daß diese nicht zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit ablaufen, wo es den Unternehmern möglich ist, ihren Herrenstandpunkt den Arbeitern recht fühlbar zu machen. An den Erfolgen der Abwehrbewegungen und Abwehrstreiks sehen wir, daß die Unternehmer nur dann den Versuch zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen machen, wenn dazu die Zeit für sie günstig ist. Es zeigt sich, daß hierbei auf dem Wege der Unterhandlungen nicht viel zu erreichen ist, daß vielmehr die geplanten Verschlechterungen hauptsächlich durch den Streik, und auch dann nicht in allen Fällen, abgewehrt werden können. Je stärker und widerstandsfähiger aber eine Gewerkschaft ist, desto mehr wird auch bei Abwehrbewegungen auf dem Wege des Parlamentierens erzielt werden; denn das Unternehmertum geht nicht blindlings in den Kampf, seine Sekretäre und nationalökonomisch und juristisch gebildeten Berater wissen die Chancen wohl abzuwägen. Schon der Versuch einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird unterbleiben einer starken gewerkschaftlichen Organisation gegenüber, die nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft besitzt, ihre Position nachhaltig zu verteidigen.

Bei den Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen und bei Abwehrstreiks wurde verhindert

Arbeitszeitverlängerung:
ohne Arbeitseinstellung
für 979 Personen 4872 Stunden pro Woche,
durch Streik
für 1065 Personen 4522 Stunden pro Woche;
Lohnreduzierung:
ohne Arbeitseinstellung
für 2842 Personen 6197 Mk. pro Woche,
durch Streik
für 4838 Personen 13 471 Mk. pro Woche.

Nicht zu verhindern war, daß insgesamt für 708 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3881 Stunden pro Woche und für 1122 Personen eine Lohnkürzung von 2749 Mk. pro Woche eintrat.

Gerade darin zeigt sich die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, daß sie die Unternehmer zwingt, sie als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen, und die Erfolge der letzten zwei Jahre beweisen, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich eine solche Machtstellung zum Teil bereits erobert haben und daß die von ihnen befolgte Taktik sie zum Ziele führen wird.

Trotz der großen Erfolge, die die Gewerkschaften auf gutlichem Wege zu erringen vermochten, sind die Streiks und Aussperrungen zahlreicher geworden und die dafür aufzuwendenden Kosten ganz gewaltig gestiegen. Auch das ist ein Beweis der Energie, von der die deutschen Gewerkschaften erfüllt sind. Was nicht auf gutlichem Wege zu erreichen ist, muß erkämpft werden. Nur durch die stete Kampfbereitschaft vermögen die Gewerkschaften sich die Achtung vor dem Feinde und die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erringen.

Es ist ganz natürlich, daß das Unternehmertum diesem immer mächtiger werdenden Gegner den entschiedensten Widerstand entgegensetzt und deshalb jede ihm geeignete erscheinende Gelegenheit benutzt, durch Auskuglung dem Feinde die Kraft zu brechen. Sei es, daß die Gewerkschaften zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeitseinstellung provoziert werden, oder man schreitet direkt zur Aussperrung. Dennoch auch mit diesem Gewaltmittel wurde bisher der Zweck nicht erreicht, und er wird auch nicht erreicht werden. Zwar ist nicht zu leugnen, daß einzelne Organisationen infolge größerer Aussperrungen nicht zu unter-

schätzender Schaden zugefügt worden ist, doch der Schaden, welchen die Unternehmer dabei erlitten, war in der Regel noch größer, und die Lehre, die die Unternehmer daraus ziehen, ist zu erkennen an den Erfolgen der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Auch Aussperrungen können den Arbeitern noch zum Vorteil gereichen. Es wurden infolge von Aussperrungen erzielt an Arbeitszeitverlängerung für 1862 Personen zusammen 4416 Stunden pro Woche, an Lohnreduzierung für 6340 Personen zusammen 10 666 Mk. pro Woche. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 64 Fällen für 12 755 Personen. Das sind Niederlagen, die sich die Unternehmer durch rigoroses Vorgehen selbst zugefügt haben.

(Schluß folgt.)

Tarifbruch.

Ich glaube kaum, daß von denjenigen Mitgliedern der Berliner Zahlstelle II, welche jetzt so sehr über ihren eigenen Vorstand und den Verbandsvorstand herfallen, um den Tarifbruch bei der Firma W. Steinhilber u. Co. zu beschönigen, auch nur einer einigermaßen die Empfindung hat, wie tief bedauernd diese Vorgänge von der übrigen Kollegenschaft Deutschlands aufgenommen werden. Geradezu die Schamröte möchte einem ins Gesicht steigen, wenn man bedenkt, daß der größte Teil der graphischen Unternehmer eifrige Leser unserer „Solidarität“ sind und das wüßte Treiben der Kollegen unter sich mit häßlicher Schadenfreude verfolgen. Unter Ausschließung aller sachlichen Erwägungen wird mit persönlichen Verunglimpfungen ein Kampf geführt, wie ihn besser die gesinnungslosesten Prektrabanten des Reichslügenverbandes nicht zu führen imstande sind. Anstatt ein solch disziplinloses Vorgehen zu beurteilen und Vorwarnung zu treffen, daß ein zweiter derartiger Fall, der das Vertrauen zu unserer Vertragsicherheit auf das Tiefste erschüttern muß, sich nicht mehr wiederholt, versucht man, das Vertrauen gegen den Vorstand zu erschüttern und ihm die Weiterarbeit gründlich zu vereiteln. Nun hätten wir ja nicht das geringste Interesse, uns in die Angelegenheiten der Berliner Zahlstelle zu mischen, wenn diese Sache sich allein auf die Reichshauptstadt beschränken würde. In Wirklichkeit aber werden unsere Berliner Kollegen viel schneller über das Dilemma hinwegkommen, wie alle übrigen Zahlstellen Deutschlands, denen die Unternehmer bei jeder passenden und auch nicht passenden Gelegenheit diesen Tarifbruch unter die Nase reiben werden. Ist es denn der Berliner Kollegen nicht bekannt, wie unendlich schwierig sich die Tarifeinführung im Lande vollzieht. Hören wir denn nicht bußendemal von seiten der Unternehmer, das Hilfspersonal ist für einen Tarif noch nicht reif, und muß denn den Unternehmern noch mehr Material geboten werden, um uns hindern in den Weg treten zu können. Ich sage nein, auch die Berliner Kollegen sind verpflichtet, die Interessen der übrigen Kollegen und Kollegen Deutschlands zu wahren. In rapider Weise hat sich unsere Mitgliederzahl in Deutschland vermehrt, und tagtäglich schließen sich neue Kämpfer unseren Reihen an, die das Bedürfnis haben, aus den Berichten der „Solidarität“ in ihrem Organisationsempfinden und ihrem Kollegialitätsgefühl gestärkt zu werden, und es muß zugestanden werden, daß die Redaktion unseres Blattes dieses Bedürfnis würdigt und ihm Rechnung trägt. Was nützt dieses aber alles, wenn seitens der Berichte ein Mißverhältnis der gewerkschaftlichen Anarchie bieten, die unsere jüngeren Mitglieder unter allen Umständen nutzlos machen müssen.

Ich erkenne ohne weiteres an, daß gerade die Berliner Zahlstelle II ein tüchtiges Stück allen übrigen Zahlstellen voraus ist, aber ich meine auch, daß gerade dieser eine Umstand für jedes einzelne Mitglied dort Veranlassung sein müßte, die übrigen nicht noch weiter von sich zu entfernen. Wir haben in unserer Verwaltungsverfassung zu dieser Angelegenheit Stellung genommen, und einstimmig wurde das Vorgehen des Verbandsvorstandes sowie des Vorstandes der Zahlstelle II als korrekt angesehen, und wir dürften mit dieser Ansicht wohl die Gesamtkollegenschaft hinter uns haben. Hätten diese Stellen anders gehandelt, so hätten sie unter allen Umständen die Interessen der übrigen Kol-

legenschaft schwer geschädigt und unberechenbaren Schaden für unser ferneres Vorgehen zu Tarifabschlüssen angerichtet. Bedauerlich wäre es, wenn der Vorstand der Zahlstelle II sich hergeben würde, wegen einiger Mitglieder, denen der Weitblick für unsere ganze Bewegung fehlt, ihren Posten niederzulegen. Gerade die kommenden Monate erfordern in unserem Verbands Leute mit Erfahrung und reichen Kenntnissen, die nicht nur im Interesse einer Zahlstelle Verwendung finden dürfen, sondern allen zu gute kommen müssen, und diese Voraussetzung haben wir bei der jetzigen Verwaltung der Zahlstelle II.

M ü n c h e n .

A. Sch.

Brief aus Aachen.

Nun hat Aachen auch einen „großen Tag“ gehabt. Es sollte wenigstens ein „großer Tag“ werden. Wenn unsere Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen, so war es wirklich nicht unsere Schuld. Agitiert haben wir für die öffentliche Versammlung am 2. November genug. Daß der Besuch derselben ein so minimaler war, ist ein trauriges Zeichen für die grenzenlose Gleichgültigkeit unserer hiesigen Kolleginnen und Kollegen. Kollegin Thiede mußte mit den wenigen vorlieb nehmen, die erschienen waren; hoffen wir nur, daß ihre trefflichen Worte, die sie im engen Kreise gesprochen, auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Auf die Einzelheiten ihres Referates einzugehen, ist wohl nicht nötig. Erwähnt sei nur, daß sie in feierlicher Weise der Versammlung ein Mißverhältnis über den Werdegang unserer Organisation, sowie über die Kämpfe und Erfolge derselben gab. In der Diskussion beteiligten sich die ebenfalls erschienenen Vertreter der Buchdrucker, welche erklärten, alles tun zu wollen, was der Entwicklung unserer Organisation am hiesigen Orte förderlich sein könne, namentlich zu versuchen, die Maschinenmeister, dort wo es nötig erscheine, aus ihrer Gleichgültigkeit gegen unsere Organisation aufzurütteln.

Auch die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals wurden einer näheren Betrachtung unterzogen, und es sei gestattet, auch an dieser Stelle darauf einzugehen. Daß die Arbeitsverhältnisse keine rosiges sein können, versteht sich bei der mangelhaften Organisation des Aachener Hilfspersonals von selbst. Die Zahl der Betriebe, in denen einigermaßen anständigen Löhne gezahlt werden, ist außerordentlich gering. Manche Betriebe gleichen Kinderbewahranstalten; sie beschäftigen fast ausschließlich kaum der Schule entwachsene Mädchen, selbstverständlich nur deshalb, weil diese billiger sind. Selbst zu gesundheitschädlichen Arbeiten, wie z. B. Bronzieren werden oft jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen herangezogen. Ob die betreffenden Unternehmer sich über die Schädlichkeit einer derartigen Beschäftigung für den in Entwicklung begriffenen Organismus der jugendlichen Arbeiter Gewissensbisse machen, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden. Die Arbeit kann eben von einem jungen, billig arbeitenden Arbeiter ebenso gut verrichtet werden, als von einem höher entlohnenden älteren, und diese Tatsache allein genügt, um sich über alle anderen Bedenken hinwegzusetzen. Was die Arbeitszeit anbelangt, so ist sie wohl in den meisten Fällen eine neunstündige. Doch gibt es auch Betriebe, in denen das Hilfspersonal eine halbe Stunde länger arbeiten muß, als die gelerntten Arbeiter.

Der Lohn für geübte Anlegerinnen schwankt zwischen 9 und 12 Mk., aber Löhne von 5, 6 und 7 Mk. sind auch durchaus keine Seltenheit. Die Löhne für das männliche Hilfspersonal schwanken zwischen 6 und 13 Mk. Letztere Lohnhöhe bezieht sich natürlich nur auf erwachsene und lange im Betriebe beschäftigte Arbeiter. Wir haben hier schon Zeitschriften mit dem großartigen Lohn von sage und schreibe acht Mk. 50 Pfennig. Was derartige Lohnverhältnisse für Aachen zu bedeuten haben, kann nur jemand ermessen, der die hiesigen Verhältnisse kennt. Es seien hier nur einige Zahlen aus einer vor den letzten Tarifverhandlungen von dem Vorstande des hiesigen Ortsvereins der Buchdrucker aufgenommenen Statistik über die Aachener Lebensmittelpreise angeführt. Diese betragen demnach im Gegenjare zu den für den gesamten preussischen Staat berechneten Durchschnittspreisen im Jahre 1904:

	Wachen	Staat	Differenz
Weizen . . pro 100 kg	17,40	16,70	+ 0,70
Roggen . . " 100 "	14,40	13,40	+ 1,—
Gerste . . " 100 "	14,—	13,80	+ 0,20
Papier . . " 100 "	18,90	13,40	+ 0,50
Erbsen . . " 100 "	28,50	25,—	+ 3,50
Linsen . . " 100 "	43,—	38,—	+ 5,—
Speisebohnen (weiße) . . " 100 "	32,50	30,90	+ 1,60
Kartoffeln . . " 100 "	7,73	6,08	+ 1,65
Rindfleisch . . " 1 "	1,48	1,34	+ 0,14
Kalbfleisch . . " 1 "	1,65	1,40	+ 0,25
Sammelfleisch . . " 1 "	1,53	1,38	+ 0,15
Schweinefleisch . . " 1 "	1,73	1,30	+ 0,43
Speck, geräuch. . . " 1 "	1,41	1,57	- 0,10
Butter " 1 "	2,50	2,32	+ 0,18
Eier per Dschd	5,48	3,86	+ 1,62

Um Irrtümer zu vermeiden, sei nochmals darauf hingewiesen, daß es sich um Mittelpreise und um das Jahr 1904 handelt. Außerdem sind es vielfach Großhandelspreise. Heute, im Jahre 1907, sind die Lebensmittelpreise noch ganz enorm höhere. Wir ersehen aus obigen Zahlen, daß Wachen eine überaus teure Stadt ist. Mit Ausnahme von Speck stehen sämtliche Preise über dem preußischen Staatsmittel und in vielen Fällen sogar sehr bedeutend. Die meisten Nahrungsmittel sind in Wachen teurer als selbst in Berlin, unter anderem sämtliche Fleischsorten.

Unter solchen Umständen ist es unbegreiflich, daß der Organisationsgedanke unter den Wächener Kolleginnen und Kollegen auf so harten Widerstand stößt. Es wäre nicht schwer, die Wächener Verhältnisse zu bessern, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen nur wollten. Es herrscht fortwährend Mangel an geübten Anlegerinnen, weil die meisten Mädchen die lohnendere Beschäftigung in der Textil- und Nadelindustrie vorziehen. Würden die hiesigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sich die unermüdete Organisationsarbeit der gelernten Arbeiter der graphischen Berufe vor Augen führen, die diesen tarifliche Arbeitsbedingungen gebracht hat, dann würden sie auch bald den richtigen Weg zur Verbesserung ihrer Lage finden. Hoffen wir, daß sie bald aus ihrem Schlafe erwachen und ihnen zum Bewußtsein kommt, wie verbesserungsbedürftig ihre Verhältnisse sind. —

Die Tariffbewegung in Königsberg.

Die Lohnbewegung der hiesigen Buchdrucker-Hilfsarbeiter, die gut vorbereitet wurde und Ende September mit einer Tarifvorlage an die Prinzipale öffentlich hervortrat, ist nunmehr in ein bestimmtes Stadium getreten. Am Sonntag vormittag fand im Felsenkrug eine Mitgliederversammlung dieser Berufsorganisation statt, die vom Regional aller Druckereien vollständig besucht war. Die hiesige Zahlstelle des Hilfsarbeiterverbandes versuchte, mit dem Bezirk Ostpreußen des Deutschen Buchdruckervereins (Organisation der Prinzipale) Verbindung zu gewinnen, um einen Tarifabschluß von Korporation zu Korporation herbeizuführen. Dies ist bis zur Stunde nicht gelungen, und die Prinzipale weichen einer offenen Erklärung, ob dieses auf friedlichem Wege überhaupt noch möglich sein kann, diplomatisch aus. Die Kommission der Hilfsarbeiter erhielt die Nachricht, daß man die beiden Rechtsvertreter und Bearbeiter der jungen Organisation, die Buchdrucker Aren und Behrendt, zunächst bei den Verhandlungen ablehnen müsse, da man gesonnen sei, allerdings unter Anerkennung der Organisation, nur mit Vertretern des Hilfspersonal's Beratungen zu pflegen. Die Hilfsarbeiter riefen nun die Vorstände des Hauptverbandes, Frau Thiede-Berlin, nach Königsberg. Am Freitag war die Kommission der Hilfsarbeiter zur ersten Verhandlung mit den Prinzipalen nach den Redaktionsräumen der Ostpreußischen Zeitung gerufen, und nach gegenseitigen Erklärungen stimmten die Buchdruckerprinzipale resp. deren Vertreter für Zulassung der Frau Thiede bei der Zusammenkunft. Leider kam es in dieser Sitzung nicht zu einem befriedigenden Abschluß. Die Prinzipale erklärten, nicht im Auftrage ihres Bezirksvereins tarifliche Festlegungen machen zu können, da nur die fünf größten Druckereien Königsbergs: Hartung'sche, Ostpreußische und Allgemeine Zeitung, sowie A. Leupold und Rautenberg gewillt seien, zu verhandeln; ob es möglich ist, die mittleren und kleineren Druckfirmen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen, kann im Augenblick nicht gesagt werden. Unter Führung der Frau Thiede betonte die Kommission der Hilfsarbeiter, zu einer Verhandlung mit nur fünf

Druckereien kein Mandat zu haben, da müßte zuerst eine Mitgliederversammlung befragt werden. Diese Versammlung fand nun am letzten Sonntag statt, und die Anwesenden erklärten sich bereit, nachdem Frau Thiede über die Freitag-Sitzung Bericht erstattete, auch mit nur fünf Druckereien Tarifverträge abzuschließen, allerdings nur dann, wenn die Allgemeinen Bestimmungen zum Tarif Annahme finden. In dieser Versammlung sprach auch u. a. der Vertreter des Gewerkschaftsartells, Genosse Seemann. Er führte aus, es sei mit Freunden zu begrüßen, daß endlich auch die in Buchdruckerbetrieben beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Königsberg ihr Geschick in eigene Hand genommen haben. Er warnte die Mitglieder, sich durch persönliche Begünstigungen der Geschäftsleitung bestimmen zu lassen, sich von der Allgemeinheit zu entfernen, sondern Solidaritätsgefühl zu bewahren, auch dann, wenn es zu ersten Konflikten kommen sollte. Zum erstenmal stehe die junge Organisation an der Scheidengrenze zwischen Krieg und Frieden. Mögen die Mitglieder im gegenseitigen Vertrauen zu einander ihre Entscheidung zum Segen des Gesamtverbandes treffen. Genosse Stolt gab den Anwesenden noch einige Rechtsbelehrungen aus dem Bereich der gewerbegesetzlichen Bestimmungen. Dann sprachen noch einige Hilfsarbeiter über die Lohnbewegung selbst, und schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 24. November tagende, äußerst gut besuchte Versammlung bedauert lebhaft, daß der Bezirksverein Ostpreußen des Deutschen Buchdruckervereins, Kreis IX Nordost, allgemeine Tarifverhandlungen für Königsberg abgelehnt hat, zumal am Ort die Verhältnisse dringend verbesserungsbedürftig sind, die Inflationen- und Druckpreiserhöhungen durch die Tageszeitungen damit begründet wurden, daß auch die Löhne erhöht werden müssen. — Die Versammlung nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Herren Prinzipale der fünf größten Druckereien am Orte bereit sind, über einen Tarif zu verhandeln, und erklärt, aus dem Grunde über eine Antwort auf das ablehnende Verhalten der Prinzipalsvereinigung erst dann zu beschließen, wenn die Tarifberatung mit den fünf größten Druckereien beendet ist, was bestimmt noch in dieser Woche erwartet wird. — Dieselbe Kommission, und zwar sieben Personen, werden auch mit diesen Verhandlungen beauftragt, und wird bestimmt erwartet, daß die gesamte Kommission an den Beratungen teilnehmen kann; bei der Abstimmung hat indes nur dieselbe Anzahl der Kommissionsmitglieder ein Stimmrecht, wie Prinzipalsvertreter anwesend und stimmberechtigt sind. Die Kommission wird nochmals auf die Bedeutung der allgemeinen Bestimmungen aufmerksam gemacht mit dem bringenden Wunsch, daß diese unverändert in dem abzuschließenden Tarif Aufnahme finden. Die Versammlung verpflichtet sich, einen so abgeschlossenen Tarif in allen hiesigen Druckereien zur Einführung zu bringen.

Sobald wurde der Fall Allstein zur Sprache gebracht und lebhaft bedauert im Interesse der Druckorte, welche vor einem Tarifabschluß stehen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung hat von der Erklärung des Verbandsvorstandes Kenntnis genommen und bedauert auf das lebhafteste, daß die Berliner Kollegen bei Allstein sich einen so schwerwiegenden Tarifbruch zu schulden kommen ließen. Mit solchen unverantwortlichen Handlungen wird es den kleineren Zahlstellen geradezu unmöglich, einen Tarif abzuschließen; denn die Tarifreife wird uns durch solche Fälle abgebrochen. Die Versammlung erwartet, daß die Berliner Kollegen und Kolleginnen, die den besten Tarif haben, uns weiter keine Schwierigkeiten bereiten. Vom Verbandsvorstand wird erwartet, daß er in Wiederholungsfällen die schärfsten Maßnahmen gegen die Betreffenden anwendet.“ — Nach Erledigung einiger Internas wurde die Versammlung geschlossen. Ein fröhlicher, freudiger Geist, mit Ernst gepaart, war in reicher Fülle bei den Versammlungsbefuchern zu finden. Ein gutes Zeichen für die emporblühende Organisation, die bei nahender Wintermonatswende, wenn es sein muß, fröhlich in den Kampf zieht uns tägliche Brot.

Korrespondenzen.

Hannover. Generalversammlung vom 17. November 1907. Der Schriftführer verlas die beiden Protokolle von der letzten Generalversammlung und der letzten Mitgliederversammlung. Kollege Klumbhoff führt bei einem Punkte der letzten Mitgliederversammlung aus, daß jeder Kontrakt, der vor dem 1. August 1907 abgeschlossen wurde, Gültigkeit bis zu seinem Ablauf habe, nur die Verträge

und Kontrakte, welche nach dem 1. August abgeschlossen wurden, sind durch den Tarif hinfällig. Kollege Spartzühl gibt bekannt, daß der Vorstand gezwungen war, ein Schiedsgericht zu wählen, welches ja auch schon in zwei Sitzungen tätig war. Sodann gibt Kollege Spartzühl seiner Befriedigung Ausdruck, daß durch Einführung unseres Tarifes die Mitgliederzahl um ein Bedeutendes gestiegen ist, und würde der Tarif ja auch fast in jeder Druckerei schon bezahlt. Von den Bemerkenswerten machen nur die Firmen Oldemeier und Wasserfamp u. Robby eine unruhigliche Ausnahme. Mit dem Abschluß des Tarifes können wir im großen und ganzen zufrieden sein, nur muß die Kollegenschaft treu und fest zur Fahne stehen, sonst würden wir unsere Vorteile durch eventuellen Abfall vieler Mitglieder wieder verlieren. In verschiedenen Firmen sind Neutretenden ja schon wieder 15 bis 17 Mk. geboten worden. Die Einführung des Arbeitsnachweises ruht augenblicklich noch in Händen des Hauptvorstandes, und würde jedenfalls die Anstellung einer Kollegin nötig sein. Durch den Nachweis können wir unsere Organisation noch bedeutend verbessern; denn die Prinzipale fühlten sich bei unserer jetzigen Stärke schon gezwungen, uns anzuerkennen und mit uns zu verhandeln, wieviel mehr erst, wenn wir ziemlich alle Kollegen und Kolleginnen organisiert haben. Anschließend an diese Ausführungen gibt Kollege Spartzühl den Jahresbericht, wonach 10 Mitglieder-, 3 öffentliche, 1 Steinschleifer-, 1 Zeitungsarbeiter-, 1 General- und 14 Geschäftsberatungen stattfanden, außerdem 3 Sitzungen mit dem Gewerkschaftsartell, 3 Sitzungen mit dem graphischen Berufe, 19 Vorstandssitzungen, 9 Sitzungen mit der Tarif-Kommission, 3 Sitzungen mit den Prinzipalen und 2 Vergütungskomiteesitzungen. Als Referenten waren gewonnen: Gewerkschaftssekretär Schmidt, Arbeitersekretär Schröder und Kollegin Thiede. Im verfloffenen Geschäftsjahr gingen ein: 191 Briefe, Karten und Druckfachen, abeschickt wurden 305 Briefe und Karten. Hieran gibt Kollege Klumbhoff den Kassenbericht. Einer Einnahme von 1577 Mk. steht eine Ausgabe von 1120,67 Mk. gegenüber, wonach ein Kassenbestand von 456,93 Mk. zu verzeichnen ist. Der Kollege Warnede als Revisor bestätigt die Richtigkeit der Bücher, und hieran wird dem Kassierer Deharge erteilt. Beim 3. Punkte der Tagesordnung wird ein Antrag des Kollegen Rebel, den Punkt 4: „Remuneration“ vor Punkt 3: „Neuwahl des Vorstandes“ zu erledigen, angenommen. Nach langer, lebhafter Diskussion werden folgende Vergütungen bewilligt: für den 1. Vorsitzenden und 1. Kassierer je 75 Mk. und für den Schriftführer 30 Mk. pro Jahr. Kollege Henze stellt den Antrag, daß die beiden ersten Kosten von der Hauptkasse und der Schriftführer aus der Lokalkasse bezahlt werden sollten, welcher einstimmig angenommen wurde. Sodann gibt Kollege Spartzühl dem Verlangen des Kassierers Ausdruck, ein Mantelgeld für ihn pro Jahr festzusetzen. Hieran spannt sich wiederum eine scharfe und lebhaft Debatte, wonach dann der Antrag des Kollegen Eberhardt, dem Kassierer ein Mantelgeld von 30 Mk. zu bewilligen, mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Hieran wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Kollege Spartzühl wurde gegen 2 Stimmen zum 1. Vorsitzenden gewählt. Hieran ergriff Kollege Klumbhoff das Wort und bat, für ihn einen anderen Kollegen zu wählen, da er verschiedenen Anreueren aus dem Wege gehen möchte. Zum 2. Vorsitzenden wurde der Kollege Dempenhoff I gewählt. Der Kollege Klumbhoff wurde der Affirmation zum Kassierer gewählt. Zum 1. Schriftführer wurde ebenfalls der Affirmation der Kollege Rebel wiedergewählt. Zum 2. Schriftführer wurde Louis Werner, zu Revisoren die Kolleginnen Mathias und Werner sowie zu Revisoren die Kollegen Warnede, Gremmels und Kunze gewählt. Als Parteibelegierte wurden die Kollegen Dempenhoff I und Henze, sowie als Ersatzpersonen Murnhardt und Kracht bestimmt. Das Schiedsgericht, welches sich aus den Kollegen Klumbhoff, Schmidt und Rebel zusammensetzt, wurde auf ein Jahr bestätigt. Unter „Verschiedenes“ erhob sich eine äußerst lebhafte und starke Debatte über die Verlegung des Kollegen Spartzühl nach seiner Wahl, an welcher die Kollegen Ridelmeier, Werner, Klumbhoff, Kunze und Spartzühl hauptsächlich beteiligt waren. Der Kollege Spartzühl gab einem Irrtum seinerseits Ausdruck, indem er meinte, er wäre verschiedenen Kollegen als 1. Vorsitzender nicht angenehm und gab der Versammlung anheim, falls dieses mit ihm nicht zufrieden wäre, einen anderen Kollegen für ihn zu wählen. Es erhob sich jedoch sofort ein allgemeiner Protest dagegen, und damit war die heikle Sache erledigt. Hieran rügte Kollege Klumbhoff den leider sehr schwachen Verlauf der Generalversammlung und forderte die Mitglieder auf, dafür zu sorgen, daß zu unserem Vergütigen am 23. November die Mitglieder zahlreicher er-

schienen. Kollege Kunze legt nochmals eine Abhaltung eines Vergnügens an einem Sonntage an, damit die Zeitungsarbeiter auch einmal einen Genuß von unseren Vergnügungen hätten. Kollege Stöber unterstützt den Vorredner hierin. Hierauf legt Kollege Sparfuß den Mitgliedern ans Herz, im folgenden Jahre ebenso und noch kräftiger für unsere Organisation einzutreten, damit derselbe in jeder Weise weiter ausgebaut und gefördert wird, und schließt nach einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Karlsruhe. Versammlung vom 18. November. Den Kartellbericht erstattete Kollege Albert in ausführlicher Weise, und wurde speziell der Antrag des Gewerkschaftssekretärs betreffs Abänderung des Kartellstatuts sehr lebhaft diskutiert. Man einigte sich dahin, den Antrag abzulehnen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß es gelungen sei, durch fleißige Agitationsarbeit sämtliche Kolleginnen und Kollegen der Kunstbrücker Künstlerbund zu gewinnen. Es waren bisherhalb 16 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Sodann sprach Kollege Süßer über „Ferdinand Lassalle's Leben und Wirken“. In nahezu einstündigen Ausführungen behandelte Redner in ausführlichster Weise den Kampf Lassalle's um Freiheit und Recht. Der sehr interessante Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende Kollege Siegel stellte ebenfalls einen Vortrag über die deutsche Revolution in Aussicht, was lebhaft begrüßt wurde. Ausgeschlossen wurde der Kollege Lacher, weil er mit seinen Beiträgen im Rückstande blieb. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die Druckereibetreiberkassette, im Falle sie zu wenig Zeitungen oder Rapportzettel erhalten, sich direkt an unsern Kommissionsrat, Schützenstr. 59, zu wenden haben. Eine Anregung betreffs einer Abendunterhaltung in den nächsten Wochen wird dem Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen. Sodann Schluß der sehr gut besuchten, interessantesten Versammlung.

Nach i. B. Versammlung vom 28. Oktober. Nach Annahme des Protokolls verlas Kollege Aler einige Neuaufnahmen und bedauert, daß sich seit einiger Zeit ein Mückgang der Mitglieder bemerkbar macht. Er forderte die anwesenden Kollegen auf, mitzuhelfen beim Ausbau unserer Gewerkschaft, was sehr beifällig aufgenommen wurde. Den Rechenschaftsbericht erstattete Kollege Mellert, wofür ihm vom Vorsitzenden im Namen der Verwaltung der Dank ausgesprochen wurde. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Ebert gewählt. Unter Verschiedenem machte Kollege Aler bekannt, daß sich ein großer Mangelstand in unserer Gewerkschaft bemerkbar macht, wofür wir einen Schleifer verantwortlich machen. Um in dieser Sache Abhilfe zu schaffen, wurde der Schleifer Biermann mehrmals zu unseren Vorstandssitzungen eingeladen, welcher aber unserem Mute nicht gefolgt ist. Da er auch nicht zu dieser Versammlung erschien, stellte Kollege Aler den Ausschluß des Kollegen Biermann zur Debatte. Kollege Ebert ergriff zuerst das Wort und macht bekannt, daß er noch heute abend vor der Versammlung mit Kollegen Biermann gebrochen habe, um ihn zu bewegen, in die Versammlung zu kommen, was ihm aber nicht gelang; im Gegenteil, er überhäufte auch jetzt noch Verwaltung und Kollegenschaft mit Beschimpfungen. Die Abstimmung ergab den Ausschluß des Biermann, weil er die Interessen der gesamten Kollegenschaft geschädigt und gegen § 5 des Verbandsstatuts verstoßen hat. Unter anderem wurde der Antrag gestellt, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen für unseren Verband zu gewinnen. Kollege Aler soll sich an den Hauptvorstand wenden betreffs eines Referenten, was dieser versprach. Ein hiesiger Bäckermeister hat sich bereit erklärt, das Brot um 5 Pf. billiger zu liefern, daher wird eine Brotmarke auszugeben, welche vom Kartell zurückvergütet wird. Kollege Wecherer forderte die Kollegen auf, diesen Bäcker zu unterstützen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am Dienstag, den 19. November, fanden drei Bezirksversammlungen statt, und zwar eine im Pantheon, woselbst der Arbeitersekretär Genosse Mhlau, über „Die bevorstehende Krise und die Stellung der Gewerkschaften dazu“ referierte. Redner erläuterte zunächst die Ursachen der eintretenden wirtschaftlichen Krise, die durch die wahnsinnige Ueberproduktion hervorgerufen und durch die eingetretene Geldnot beschleunigt wird. Er geht dann des weiteren auf die Gefahren ein, die dieselbe für die Arbeiterchaft mit sich bringen wird, bestehend in Arbeitslosigkeit, Unterernährung und daraus entstehende Krankheiten. Weiterhin freit der Referent den abgeschlossenen Zolltarif und die daraus entstehende Lebensmittelverknüpfung, um am Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden aufzufordern, unermüdet in der Agitation für

den Verband tätig zu sein, damit die eintretenden ungünstigen Verhältnisse von dem Unternehmertum nicht dazu benutzt werden können, die seitens der Arbeiterschaft errungenen Positionen ihr wieder zu entreißen.

In der zweiten Versammlung, welche in der Papiermühle in Stötteritz stattfand, hatte Kollege Schulze das Referat übernommen. In seinen Ausführungen schilderte er die Verhältnisse innerhalb der Stötteritzer Druckereien, wie sie sich je nach dem Stande der Hilfsarbeiterorganisation gestalten haben. Vor allem geißelte er das laue Verhalten der Scherischen Kollegenschaft, die in früheren Zeiten, mustergültig im Organisationsverhältnis, sich sehr annehmbare Zugeständnisse seitens der Geschäftsleitung errungen hatte, aber durch ihre Untertreue in gewerkschaftlicher Beziehung haben sie sich dieselben wieder entgehen lassen. Dahingegen hob er die in letzter Zeit zutage getretene Einmütigkeit der Trenkerischen Kollegenschaft hervor, dieselbe den Anwesenden zur Nachahmung empfehlend.

Die dritte Versammlung fand im Volkshaus statt, und hier selbst sprach Kollege Herrmann über „Die Entstehung der Gewerkschaften“. Derselbe ging zunächst in seinen Ausführungen auf die Produktionsweise des Altertums ein, in welchem Zeitalter die damaligen Menschen sich nur mit der Anfertigung von Gebrauchsgegenständen und der Schaffung von Lebensmitteln für eigenen Bedarf beschäftigten. Des weitern berührte er das Mittelalter mit seiner Leibeigenschaft, sowie das damals bestandene Zunftwesen und die dadurch entstandenen Gesellenvereine mit ihren Einrichtungen, die er als die ersten Anfänge einer Arbeiterorganisation bezeichnet, wobei er die behördlichen Maßnahmen streifte, die zur Unterdrückung der damaligen Bewegung geschaffen wurden. Kollege Herrmann schilderte dann die Entstehung der freien Gewerkschaften, ihre Entwicklung und ihre Verfolgungen durch die Behörden, andernfalls auch ihre Erfolge auf dem Gebiete der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters, und am Schluß seiner Ausführungen verwies er auf die hereinbrechende Krise, die ein strammes Zusammenhalten der organisierten Arbeiterschaft nötig mache.

Alle drei Versammlungen waren gut besucht. In denselben wurde des verstorbenen Kollegen Alfred Heister ehrend gedacht. Des weitern wurde die Quartalsrechnung gegeben und ganz besonders noch auf die am 26. November v. J. stattgefundene Protestversammlung aufmerksam gemacht, die die damals ins Stocken geratene Tarifberatung seitens der Prinzipale wieder in Fluß brachte. S. S.

Nürnberg-Fürth. Am 9. November fand unter dem Vorsitz des Kollegen Dagner eine allgemeine Schleifer-Versammlung statt. Zum Schriftführer wurde Wolfram bestimmt. Ueber: „Was müssen wir tun, um unsere Löhne zu verbessern?“ sprach Redling. Redner war über den guten Besuch erfreut, hätte jedoch gewünscht, daß die auch heute wieder fehlenden Kollegen mehr Interesse am Verbandsleben gezeigt hätten und in Zukunft bessere Versammlungsbesucher werden möchten. Zunächst legte der Referent in klaren Worten dar, daß unser Hauptzweck immer der sei, die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder zu verbessern, dies müsse auch in der heutigen Agitation stets betont werden. Wir hätten hier in Nürnberg mit einem sehr kapitalkräftigen und gut organisierten Unternehmertum zu rechnen und haben darum alle Veranlassung, uns ebenfalls zu vereinen und dürfen nicht ruhen, und rasten, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin der Organisation angeführt sind. Hierzu sei aber die Mithilfe aller nötig. Speziell in der Gewinnung von Kolleginnen könnten die Schleifer mehr tun wie bisher. Den Ausschlag bei Bewegungen würden immer die Kolleginnen geben, man habe dies ja am besten beobachten können bei

der Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe hier am Orte. Redner machte dann noch auf den Arbeitsnachweis aufmerksam und schilderte die Lohnverhältnisse in den einzelnen Betrieben. Konstatiert wurde, daß in den Betrieben, wo wenig Wechsel sei, die Löhne bedeutend niedriger seien als in anderen Kunstanstalten; dies treffe auch auf die Kolleginnen zu. Nicht durch langjährige treue Dienste, wie es seinerzeit so schön ausgedrückt war in dem Antwortschreiben des Schutzverbandes, würden höher Löhne erzielt, sondern durch den festen Zusammenhalt in der Organisation. Redling erluchte dann noch, Vorschläge zu machen über das Betreiben einer intensiven Agitation unter den uns noch Fernstehenden. Dagner empfiehlt, die Ausführungen zu beherzigen und betont, daß die Kollegen in keiner Weise die Kolleginnen unterschätzen dürfen; denn nur durch ein geschlossenes Vorgehen ist es möglich, bessere Lohnverhältnisse herbeizuführen. Die Diskussion war sehr lebhaft. Wolfram wünschte, daß öfter Vergnügungen und musikalische Unterhaltungen veranstaltet würden, um unsere jüngeren Kolleginnen mehr heranzuziehen. Rinke wünscht, daß in den Versammlungen öfter wissenschaftliche Vorträge gehalten würden, empfiehlt auch den Kollegen das fleißige Lesen der Tagespost. Es kommt dann folgende Resolution zur Verlesung und einstimmigen Annahme: „Die heute tagende Schleifer-Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Die Anwesenden verpflichten sich, die der Organisation noch fernstehenden Kollegen für dieselbe zu gewinnen, um den Verband so zu kräftigen, daß er imstande ist, energischer für die Verbesserung der Lohnverhältnisse einzutreten. Ferner weist die Versammlung die Schleifer auf die Bedeutung der Arbeiterinnen für unsere Organisation hin und warnt vor einer Unterhänkung des weiblichen Hilfspersonals, das für unsere ganze Bewegung von ausschlaggebender Bedeutung ist. In Erkenntnis deselben müssen die Kollegen bemüht sein, mehr wie bisher für die Organisierung der Arbeiterinnen tätig zu sein, um dann gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“ Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten erfolgte Schluß der Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Briefkasten.

H. B. Berlin. Ihre Einsendung eignet sich in dieser Form nicht zur Veröffentlichung. Vielleicht behandeln Sie das Thema auf Grund Ihrer reichen Erfahrungen in einem sachlich gehaltenen Artikel. Näheres brieflich. Gruß! — **R. W. Leipzig.** Anweisung über 15 Mk. ist bereits erfolgt. — **Fr. S. Leipzig.** Der Versammlungsbericht war wieder nicht vom Vorsitzenden gegengezeichnet. — **A. S. Stuttgart.** Senden Sie die erwähnte Arbeit gelegentlich ein. — **Magdeburg.** Bericht für diese Nummer zu spät eingegangen. — **Dannover.** 20 Pfg. Strafporto.

Crimmitschau: Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 11. Dezember, abends punkt 8 Uhr, im Restaurant „Pfeifental“. Um allseitiges Erscheinen im Interesse der wichtigen Tagesordnung bittet Der Vorstand.

Unserem Verbandskollegen und Bezirkskassierer **Hug. Philipp** samt seiner Gattin senden nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.
I. A.:
Die Verwaltung der Zahlstelle Leipzig.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Sonntag, den 8. Dezember 1907, nachmittags 1/2 2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Saale des „Pantheon“, Dresdnerstraße 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag über Jugendorganisation.
2. Stellungnahme zu der Erklärung des Verbandsvorstandes in Nummer 28 der „Solidarität“.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Beschlußfassung über unser 10jähriges Stiftungsfest und Diskussion.

Die Kolleginnen und Kollegen werden zum pünktlichen Besuch eingeladen, da der Saal 1/25 Uhr geräumt werden muß.

In der Erwartung, die letzte Jahresversammlung recht zahlreich zu besuchen, ladet freundlichst ein

Die Ortsverwaltung.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 24.

Berlin, den 30. November 1907.

13. Jahrgang.

Brief aus Stuttgart.

Nach längerer Krankheit im Versammlungsbefuch ist es auch uns wieder einmal möglich, von einer gut besuchten Versammlung zu berichten. Die am 18. November stattgefundene Versammlung füllte den geräumigen Saal fast bis auf den letzten Platz, obwohl die größten Geschäfte, „Union“ sowie Greiner u. Pfeiffer infolge Ueberzeitarbeit nicht anwesend sein konnten. Ja, sogar einige Kolleginnen und Kollegen vom Steinbrück hatten den Weg in die Versammlung gefunden!

Die Tagesordnung, die eine so imposante Versammlung zusammenbrachte, lautete: 1. Der Tarif in Gefahr! (Böhmischschlag und sonstige Verschlechterungen in Sicht!) 2. Der Kampf der Stuttgarter Dristrankenkasse mit den hiesigen Krankenhäusern. 3. Verschiedenes.

Nach Verlesung und Annahme des Protokolls wird zunächst beschlossen, Punkt 2 der Tagesordnung zuerst zu erledigen, da einige Mitglieder infolge der Entfernung und späteren Geschäftschlusses noch nicht anwesend sein konnten.

Hierauf ergreift Kollege Werner anstelle der verhinderten Kollegin Berger das Wort, um ein Bild zu geben von dem Kampfe, den die Dristrankenkasse mit den Krankenhäusern zu führen gezwungen ist. (Da dieser Kampf nunmehr zum Vortritt der Stuttgarter Krankenhäuser geführt hat, dürften sich auch weitere Kreise für die Geschichte interessieren, und werde ich diesem Umstand nach Wissen und Können in möglichster Kürze Rechnung tragen. Anm. des Schriftführers.)

Schon seit Intrafttreten der Krankenkassen-novelle, also seit ungefähr zwei Jahrzehnten, besteht zwischen der Stuttgarter Dristrankenkasse und den Krankenhäusern ein Vertrag, wonach diese Krankenanstalten Mitglieder der Dristrankenkasse zu einem täglichen Verpflegungssätze von Mk. 1,70 auf Rechnung der Kasse aufnehmen. Es ist dies eine freiwillige Leistung der Kasse, welche am besten geeignet ist, hauptsächlich die schlecht bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Krankheitsfalle ein Krankenlohn von nur 50 oder 80 Pfg. pro Tag erhalten würden, vor der dringenden Not zu schützen, durch Einweisung ins Spital, wo ihnen wenigstens genügende Ernährung zuteil wird. — Das war bisher. —

Nun erhielt die Kassenverwaltung im April 1907 ein Schreiben von den Krankenhäusern, worin diese das alte Vertragsverhältnis auflösten und von jetzt an pro Tag 2,20 Mk. fordern, also ein Aufschlag von 50 Pfg. pro Tag oder 30 Prozent, was für die Kasse eine Mehrbelastung von 81 500 Mark jährlich bedeuten würde. Nach Lage der Verhältnisse ist die Verwaltung der Kasse nicht imstande, mit den jetzigen Beiträgen diese Mehrlast zu tragen; eine Erhöhung der Beiträge ist aus verschiedenen Gründen jetzt unmöglich, ebenso auch eine Verminderung der Leistungen, wie Familienunterstützung, Sterbegeld usw.

Die Verwaltung der Dristrankenkasse konnte sich nun allerdings der herrschenden Meinung wegen der Notwendigkeit einer Erhöhung der Sätze nicht verschließen, daß diese aber in solcher Höhe erfolgte, war ihr unverständlich. Sie hat daher um genauere Begründung der Erhöhung.

Die Hospitalverwaltungen reichten darauf eine Berechnung ein, nach welcher tatsächlich die Selbstkosten pro Tag und Patient 2,27 Mk. betragen. Damit wäre die Kassenverwaltung grundlich abgeföhrt! Wenn nur die Kassenbeamten nicht rechnen gelernt hätten! Wer hat auch der Verwaltung den Floh ins Ohr gesetzt, das Ding nachzurechnen und auf diese Weise die schlau angelegte Falle in den Drins zu befördern?!

Kurzum, als die Rechnung kontrolliert wurde, ergab sich, daß der Satz von 2,27 Mk. eben ein Durchschnittssatz war, berechnet aus allen

drei Klassen der Patienten. Selbstverständlich fordern die Kranken der 1. und 2. Klasse eine bessere Verpflegung und aufmerksamere Bedienung, sowohl in bezug auf Beköstigung, als auch Wäscheerneuerung. Da nun die Krankenhäuser diese Kosten für alle Kranken zusammenrechneten, anstatt nur für die der 3. Klasse, entstand oben genannter Durchschnittssatz. Trotzdem machte die Verwaltung den Vermittlungsvorschlag, 2 Mk. zu zahlen, was immerhin noch eine Mehrbelastung des Etats von zirka 60—65 000 Mk. bedeutet.

Die Krankenhäuser beharrten bei ihrer Forderung. Nun antwortet die Kasse mit dem Votum der Stuttgarter Krankenhäuser, was sie um so eher kann, als in Württemberg erst in letzter Zeit eine Anzahl Krankenhäuser nach den neuesten Forderungen der Hygiene erbaut wurden und einige noch im Laufe des Winters eröffnet werden sollen. Außerdem steht die Kasse jetzt mit 2 Stuttgarter Krankenhäusern im Vertragsverhältnis, da sich diese bereit erklärt haben, die Angehörigen der Dristrankenkasse zu dem angebotenen Satze von 2 Mk. aufzunehmen. Der Referent, Kollege Werner, ermahnt nun die Mitglieder, die Verwaltung der Dristrankenkasse dadurch in dem ihr aufzugehorenen Kampfe zu unterstützen, daß sie sich vorkommendenfalls, wenn sie ins Spital geschickt werden, nicht weigern, nach auswärts zu gehen; denn der Kampf der Dristrankenkasse sei unser Kampf!

Reicher Beifall wird dem Referenten zuteil. Der zweite Vortrager, Kollege Weiser, ersucht nach nunmehriger Kenntnisnahme der Ursache dieses Votumkampfes sich mit der Verwaltung der Stuttgarter Dristrankenkassen solidarisch zu erklären, was ohne Debatte geschieht.

Nun kommt der Hauptpunkt, „Der Tarif in Gefahr“, zur Beratung. Kollege Werner führt die Gefahr, die gegenwärtig für unseren Tarif besteht, wie folgt klar vor Augen:

Die amerikanische Gelbkrisis hat bereits ihre Schatten über den Ozean geworfen. Die Reichsbank hat ihren Zinssatz auf 7½ bzw. 8½ Prozent erhöht, eine Höhe, wie sie in Friedenszeiten noch nicht bestand. Was bedeutet diese Gelbsteuerung für die Arbeiterschaft? Man sollte freilich denken, das Proletariat hätte mit dem Geldmarkte nichts zu tun; denn der Umstand, daß den Mehrprofit bei billigen Gelde eben der Unternehmer einsteckt, rennlaßt die Gedanken, daß bei einer Gelbsteuerung eben auch das Unternehmertum den Nachteil zu tragen hat. Logisch wäre das auch richtig. Doch auf eine Unlogik mehr oder weniger kommt es ja unserem Unternehmertum nicht an, wenn es sich um persönlichen Vorteil handelt. In der bestehenden Gesellschaftsordnung hat der Arbeiter eben das Vergnügen, den Nachteil, die Folgen der verbrecherischen Finanzpolitik zu tragen. Die Unternehmer haben sich während der guten Konjunktur derartig erholt und bereichert, daß sie ohne großen Nachteil ihre Betriebe während der Krise einschränken können oder gar ganz einstellen. Der Proletarier aber hat von der Hochkonjunktur keinen weiteren Vorteil gehabt, als daß er sich eben während dieser Zeit noch mehr als sonst für den Kapitalismus abrackern durfte. Es ist ja wohl wahr, die Arbeiterschaft hat es durch ihre Organisationen verstanden, ihre Löhne etwas zu erhöhen; aber dank der fürsorglichen Regierung und des Junkertums, die den Arbeiter vor den Schlägen der Wöllerei und Ueberernährung in anerkannter Weise bewahren wollten, dank der verbrecherischen Zoll- und Brotwucherpolitik der Reichstagsmehrheit vom 14. Dezember 1902 hat diese geringe Erhöhung der Löhne nicht einmal ausgereicht, die Mehrkosten der nötigsten Bedürfnisse zu decken, geschweige denn, daß von einer Besserstellung der Arbeiter gesprochen werden kann. — Jetzt bricht die Krisis mit Macht herein, als unabwendbare Folge der unrationellen kapitalistischen Produktionsweise.

Massenentlassungen treten auf und sind schon erfolgt hauptsächlich im Baugewerbe, in der Automobilindustrie und in der Metallindustrie. Welch soziales Elend mag das Arbeitslosenheer im kommenden Winter in sich bergen! Aber nicht nur die direkt von der Arbeitslosigkeit betroffenen sind die Leidtragenden. Nein, die gesamte Arbeiterschaft ist es, die unter diesem jetzigen Ueberangebot von Arbeitskräften zu leiden hat. Denn Not, Hunger und Kälte zwingen die Arbeitslosen dazu, ihre Arbeitskraft unter dem seither üblichen Lohn anzubieten, sie werden also zum Lohnbrüder. Da können noch die Berufe von Glück sagen, denen es durch ihre Organisation gelungen ist, Lohnsätze mit der Prinzipalität abzuschließen. Einen solchen Tarif, der einen Mindestlohn garantiert, haben auch wir. Aber damit ist es nicht getan, daß der Tarif abgeschlossen ist; der Tarif ist nur dann von Wert, wenn eine feste Organisation dahinter steht; verschwindet diese, so ist der Tarif nichts anderes als ein wertloses Feines Papier. Und fast hat es den Anschein, als ob das Gewissen der hiesigen Mitglieder eingeschlimmert wäre, wenigstens bei einem Teil derselben. Diese Schlafmühen sind es, die den Tarif gefährden, diejenigen, welche in keiner Versammlung zu sehen sind, welche bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit mit dem Austritt drohen, als ob der Verband einen Vorteil von ihnen hätte und nicht umgekehrt. Eine Kollegin hat sogar behauptet, sie trete aus und trage ihre 30 Pfg. auf die Sparkasse. Nachdem diese Kollegin durch die Organisation pro Woche eine Lohnerrhöhung von 1,50 Mk. erhalten hat, trägt sie also ihren Beitrag auf die Sparkasse, damit sie etwas davon hat. Welche Dankbarkeit spricht aus diesen Worten! Wenn dann der Tarif abgelaufen ist, dann wird die Prinzipalität große Angst haben vor dem Haufen Geld, das die einzelne Kollegin auf der Sparkasse hat. Wir graut davor. Es wäre zum Schaden, wenn es nicht so furchtbar ernst wäre!

Diese Lausheit der Mitglieder muß unbedingt aufhören. Besinnt euch auf euch selbst, Kolleginnen und Kollegen, erinnert euch des Verprechens, das ihr bei Einführung des Tarifs gegeben habt, fest und treu zum Verbands zu halten, dann wird es unseren vereinten Kräften gelingen, auch diese Krisis mit ungebeugtem Nacken zu überstehen! Tretet jederzeit ein für die Interessen des Verbandes, dann wird der Sieg unser sein! Denn einer für alle, alle für einen!

Stürmischer Beifall wurde dem Redner zu teil. Hierauf ergreift Kollege Dietrich das Wort, indem er die verschiedenen Anlässe, die als Vorwand zum Austritt dienen müssen, hervorhebt und verurteilt; er ermahnt ebenfalls zu fleißigem Versammlungsbefuch. Kollege Weiser brückt sein Bedauern darüber aus, daß die Versammlungseinsparung bei einigen in verkehrter Weise Aufregung gemacht hat; anstatt daß sie sich vorgenommen hätten, die Versammlung zu besuchen und fester wie bisher zur Organisation zu stehen, hätte es bei einzelnen geheißen, wenn die Sache so aussieht, dann trete ich aus. Kollege Heimisch erinnert die Anwesenden an das Endziel der Gewerkschaftsbewegung. Ein großer Teil der Mitglieder sei von dem Irrtum befangen, die Organisation sei nur eine Lohnerrhöhmungsmaschine; wenn die Maschine nicht mehr gehen will, wirft man sie weg. Ein bedauerlicher Irrtum! Alle diese Kämpfe um Lohnerrhöhung und Arbeitszeitverlängerung sind nichts weiter als einzelne Sprossen an der Leiter, die uns emporführt zum Licht, zur vollen und endgültigen Befreiung der Arbeiterschaft! Dieses Ideal ist es wert, daß man nicht nur dann dem Verbands treu bleibt, wenn dieser materielle Vorteile bietet, sondern auch selbst dann, wenn die Zugehörigkeit zur Organisation mit Nachteilen verbunden sein sollte. — Er ermahnt die Anwesenden, die alte Gleichgültigkeit abzulegen und fleißiger zur Versammlung zu kommen, ebenso

crinnert er an die Bibliothek, in der sich die Mitglieder die nötige Aufklärung holen können, die man ihnen in der Versammlung infolge Zeitmangel nicht bieten kann.

In seinem Schlusswort bemerkt Kollege Werner, daß wir ja zum Trübsalblasen allerdings noch keinen Anlaß hätten, da die Austritte ja nur vereinzelt seien, aber es sei doch gut, wenn die heutige Versammlung dazu beitrage, daß solche Fälle ganz verschwinden. Er ermahnt nun die Mitglieder noch einmal zum fleißigen Besuch der Versammlung und schließt, nachdem er noch einige Mitteilungen mehr lokaler Natur gemacht, die von hohem Geist getragene Versammlung mit einem begeisterten ausgenommenen dreifachen Hoch auf den Verband.

Korrespondenzen.

Breslau. Der Streik bei der Firma Graf, Barth & Co. (W. Friedrich), über den wir in voriger Nummer der Solidariät berichtet, ist nunmehr beigelegt. Nachdem in einer Versammlung der Breslauer Zahlstelle am 11. November über den Ausstand berichtet wurde und die Mitglieder ihre volle Sympathie mit den Ausstrebenden zum Ausdruck brachten, fanden am 12. November vor dem Gewerbegericht die angeforderten Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Stadtrats *M a r t i* statt. Vorweg wollen wir berichten, daß es unendlich schwer hielt, Herrn Friedrich klar zu machen, was ein Einigungsamt bedeutet und was es bezweckt. Als Unparteiische der Arbeitgeber waren zwei Buchdruckerbesitzer, von Seiten der Streikenden der Buchdruckergehilfen Härtel und der Arbeiterleiter Profig anwesend. Von dem Vorsitzenden befragt, ob die Parteien sich in Verhandlungen einlassen wollen, wurde dem sowohl von der Firma wie auch von der Lohnkommission der Streikenden zugestimmt. Als der Vorsitzende seine Auffassung dahin zum Ausdruck brachte, daß die Firma nicht bloß die formelle Seite der Streitigkeiten, sondern auch die materielle, d. h. die eigentliche Lohnfrage behandle bzw. zum Abschluß bringen wolle, erklärte Herr Friedrich, daß davon garnicht die Rede sein könne, er erkenne weder die Organisation der Buchdruckerarbeiter noch die Lohnkommission als Vertreter der Streikenden an. Die Arbeiter sollen an ihn herantreten und ihre Wünsche vortragen. Es sei übrigens ausgeschlossen, daß er alle 22 Streikenden wieder einstellen könne, höchstens nur soweit, als noch Plätze vorhanden seien. Herr Buchdruckerbesitzer Schreiber bemerkte, man sehe ein, daß der verheiratete Arbeiter mit einem Wochenlohn von 18 Mk. nicht auskommen könne, man sei geneigt, Lohnzulagen zu bewilligen, doch eine Tarifvereinbarung sei unmöglich, weil die Organisation keine Garantie biete, daß die tariflichen Bedingungen auch eingehalten werden. Die Arbeiter haben sich daher selbst an die Prinzipale zu wenden. Ist die Organisation jetzt stärker, dann soll sie von neuem an die Prinzipalität herantreten. Der Streik bei Graf, Barth & Co. sei friebel in Szene gesetzt worden, daran sei nur die Lohnkommission schuld. Kollege Riehle, der die Wünsche der Streikenden vortrug, bemerkte, daß die Arbeiter mit dem Verein der Prinzipale üble Erfahrungen gemacht hätten. Daß die Lohnkommission an dem Ausstand die Schuld trage, wurde von Riehle und Reinhold energisch zurückgewiesen, die Arbeiter und Arbeiterinnen haben bei den gegenwärtigen Löhnen nicht mehr arbeiten wollen. Auch sei es garnicht die Absicht gewesen, aufzuhören, wenn die Firma sich nur bereit erklärt hätte, zu unterhandeln, statt dessen wurde sofort im „General-Anzeiger“ nach Personal inzeriert. Es seien Arbeiter um Lohnerhöhung bei der Firma herangetreten, da hat man pro Woche 50 Pf. zulegen wollen. Profig bemerkte, es sei doch merkwürdig, daß man die Organisation nicht anerkennen wolle und darauf bestarre, die Arbeiter sollen selbst Forderungen stellen. Man wisse doch, was damit erreicht wird. Das Einigungsamt sei doch dazu da, Differenzen aus der Welt zu schaffen, und da sollte man sich nicht auf einen ganz ablehnenden Standpunkt stellen. Erst nach vieler Mühe machte Herr Friedrich das Zugeständnis, sechs Streikende wieder anzustellen und ihnen, wenn sie es verlangen, eine Lohnzulage zu gewähren. Diese Zugeständnisse nannte er gegenüber dem Verhalten der Streikenden *soziale*. Es bedurfte wieder einer längeren Auseinandersetzung, daß solche Zugeständnisse unannehmbar und garnicht diskutabel seien. Gaertel und Profig hatten Veranlassung, mehrmals das Wort zu nehmen. Endlich kam man so weit, daß ein Protokoll aufgesetzt werden konnte. Herr Friedrich verpflichtete sich: 1. Die Klage gegen die Streikenden vor

dem Gewerbegericht zurückzunehmen, 2. die Hälfte der Streikenden in Arbeit zu nehmen und eine 10-prozentige Lohnerhöhung zu gewähren, wobei die bereits im Laufe der Zeit (seit 1. Januar 1907) gewährten Lohnzulagen in Anrechnung zu bringen sind. —

Mit der Annahme dieses Einigungsvorschlages ist der erste Erfolg in der Breslauer Tarifkampagne, der im Kampf errungen wurde, zu verzeichnen. Die dortige Kollegenchaft wird aber nicht eher ruhen, bis ihre berechtigten Wünsche überall erfüllt sind, und die Unternehmer werden hoffentlich aus diesem Ausstand gelernt haben, daß unsere Organisation doch nicht so bedeutungslos ist, wie sie sie immer zu betrachten gewohnt sind.

Crimmitschau. Versammlung vom 12. November. Anwesend waren 6 Kollegen und 16 Kolleginnen. Kollege Vogel bedauerte, daß trotz immerwährender Ermahnung zu besserem Besuch unserer Versammlungen so wenig oder gar kein Erfolg zu verzeichnen ist, was zur Folge hat, daß die Prinzipale bzw. Geschäftsleitungen für die organisierten Arbeiter im Buch- und Steindruckergewerbe in Crimmitschau nur noch ein höhnisches Lächeln übrig haben, was uns ja am besten unsere Tarifforderungen beweisen haben. Sollten unsere Kollegen und Kolleginnen nicht noch in nächster Zeit zur Besinnung kommen, so könnten sie doch für später ihr erbärmliches Verhalten bitter bereuen, denn in unabsehbarer Zeit kann eine Krisis über die gesamte Industrie hereinbrechen, an der auch wir nicht unbehelligt vorübergehen werden, was demzufolge schlimme Folgen mit sich bringen kann; die Unternehmer aber werden das für sich auszunutzen versuchen. Kollegen und Kolleginnen, nicht als eine Hammelherde wollen wir uns hin- und herreiben lassen, sondern als Klassenbewußte Arbeiter müssen wir Schritt für Schritt unsere Position verbessern, um eben auch bei hereinbrechenden Krisen parieren zu können. Dazu gehört aber in erster Linie Liebe und Vertrauen zu unserer Organisation, unermüdbare Mitarbeit zum bessern Ausbau des ganzen Werkes, was man an unserem Orte fortwährend nur einigen Kollegen überläßt. Die Ortsverwaltung meint es nur gut, mögen die Kollegen und Kolleginnen dies nun endlich einmal beherzigen und den alten Schlenkerian von sich werfen. Aufgenommen wurden 2 Kollegen und 1 Kollegin; abgemeldet haben sich 5 Kolleginnen und 1 Kollege. Den Kassenbericht vom 3. Quartal gibt Kollege Vogel, welchem durch die Kassenverwaltung ein beträchtlicher Teil Arbeit mehr übertragen wurde. Kollege Piazonta berichtet, daß Bücher und Kasse übereinstimmend in bester Ordnung vorgefunden wurden und beantragt Entlastung des Kassierers, was einstimmig geschieht. Der Kartelldelegierte berichtet, daß in nächster Zeit Vorträge über Genossenschaftswesen abgehalten werden und unsere Zahlstelle in aller Kürze mit einem solchen beehrt wird, zu welchem alle Kollegen und Kolleginnen durch Zirkular nochmals eingeladen werden. Der Unterrichtsfortschritt findet Ende Januar, Anfang Februar hier statt. Anmeldungen nimmt Kollege Vogel entgegen. Unser diesjähriges Stützfest findet wieder im Januar statt, zu dessen Vorbereitung eine Kommission gewählt wurde, um das weitere zu veranlassen und in nächster Versammlung darüber zu berichten. Des weiteren beschäftigte man sich mit der in der Kunstankunft vom. Epsch & Riefling eingerichteten Küche, in welcher für 25 Pf. ein Mittagsmahl verabreicht wird. Wenn wir auch die Abgabe von Speisen für diesen Preis in heutiger Zeit nicht verkennen, so harmlos dies vielleicht aussieht, so sind wir doch der Ueberzeugung, daß man dies nicht aus Lokalitätsgefühl getau hat, sondern den Zweck damit verfolgt, bei etwaigen Lohnforderungen unsere Kollegenchaft darauf hinweist, wie billig man ein Mittagsmahl zubereiten kann, oder wer das für 25 Pf. nicht fertig bringt, nun, der kann ja im Geschäft essen. Vielleicht schafft Herr Zahn auch noch eine Anzahl Betten an, damit die Leute billig schlafen können, ferner, es wird alles geschafft, nur nicht zu viel Lohn fordern, denn das kostet Geld und daran haben ja die Herren ein persönliches Interesse, was sich zum Jahresluß durch die Gewährung von Dividenden am besten erkennen läßt. Es ist also besser, einen antändigen Lohn zu zahlen und den übrigen Forderungen weichen zu lassen; denn ob die Kollegenchaft mit solchen Einrichtungen für die Dauer zufrieden sein wird, möchten wir stark bezweifeln. Ausgeschlossen wurde wegen rückständiger Beiträge und noch mehrmaliger fruchtloser Mahnung Richard Reinhold, Buch Nr. 16846.

Hamburg. Versammlung vom 20. November. Kollege Nordmann referierte über „Unsere näch-

sten Aufgaben“. Der Auffassung der letzten Jahre innerlich unseres Berufes und die Stärke der Organisation brachten uns den Tarifabschluß. Durch den Tarifabschluß ist auch die Verantwortung der Mitglieder gestiegen; darum ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich über die Rechte und Pflichten aufzuklären, vor allen Dingen den Tarif gründlich durchzulesen, was bis jetzt wenig geschehen ist, um zu wissen, wie sie sich in Zukunft zu verhalten haben. Was hat uns nun der Tarif gebracht? Eine genaue Uebersicht könne noch nicht gegeben werden, weil ein Teil der statistischen Fragebogen noch nicht eingegangen ist und müßte Redner sich auf das bis jetzt vorhandene Material beschränken. An Lohnerhöhung erhielten 236 weibliche 242,61 Mk. durchschnittlich 1,08 Mk., 109 männliche 207 Mk., durchschnittlich 1,90 Mk. pro Woche. Während den Tarifverhandlungen erhielten: 106 weibliche 113,65 Mk., durchschnittlich 1,07 Mk., 82 männliche 141,20 Mk., durchschnittlich 1,72 Mk. pro Woche. Die Höhe der Lohnzulagen betrug an weibliche von 25 Pf. bis 4 Mk., an männliche von 50 Pf. bis 12 Mk. pro Woche. Nicht allein finanzielle Vorteile, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen brachte uns der Tarif, z. B. die noch teilweise bestandene 1/2- bis 10-stündige Arbeitszeit wurde abgeschafft, welches auch einen eminenten Erfolg bedeutet. Mit dem Tarifabschluß ist der Kampf um Verbesserung der Löhne usw. nicht beendet, er hat nur andere Formen angenommen; darum sei es eine unserer nächsten Aufgaben, die Organisation auszubauen, sie zu festigen, weil wir durch die veränderte Situation mit ganz anderen Mitteln zu kämpfen haben. Dem Vorstande allein ist dies nicht möglich, deshalb ist es Pflicht eines jeden, in den Versammlungen anwesend zu sein, um über alle Vorkommnisse unterrichtet zu sein. Die Presse in der Zukunft besser zu beachten, nicht nur einen Blick hineinzuwerfen, sondern sie von der ersten bis zur letzten Zeile durchzulesen, um Nutzen daraus zu ziehen; ebenfalls die Statuten häufig durchzulesen und sich über die einzelnen Paragraphen Klarheit zu verschaffen; ferner sich belehrende Bücher zuzulegen, um so gewappnet zu sein, auf die Unbilligkeiten einzuwirken, sie in ihrem eigenen Interesse der Organisation zuzuführen. Redner streift dann kurz die in Amerika drohende Finanzkrise, deren Auswirkung auf die Arbeiter und die Vorteile der Gewerkschaft bei einer Krisis. Zum paritätischen Arbeitsnachweis übergehend, bespricht Redner die angeblichen Klagen der Innung über Mangel an Hilfspersonal, welcher in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, da die Prinzipale wegen Nichtbezahlens der geforderten Löhne keine Arbeitskräfte erhalten können. Wohl sei es Pflicht, für das Minimum anzufangen, aber dauernd fürs Minimum zu arbeiten sei niemand verpflichtet. Dieser angebliche oder vorhandene Mangel an Hilfspersonal habe die Innung veranlaßt, in Erwägung zu ziehen, ob Prämien an die Buchdrucker für das Anlernen zu zahlen sind, oder eine Anlegenenschule ins Leben zu rufen sei, um den Arbeitsmarkt zu überfüllen und so ein gefügiges Personal zu erhalten, welches dauernd für das Minimum arbeite. Darum sei es auch eine unserer nächsten Aufgaben, dort, wo Lehrlinge beschäftigt werden, sie als gleichberechtigt anzusehen, zu versuchen, während ihrer Lehrzeit sie aufzuklären, und wenn sie brauchbare Arbeitskräfte geworden, sie der Organisation zuzuführen. Nach einem kräftigen Appell an die Mitglieder, stets pünktlich ihre Beiträge zu entrichten und den Vertrauensleuten stets entgegenzukommen, schließt Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf verliest Kollege Kirchner die Abrechnung von der Dampfereifahrt nach der Luhe. Die Einnahme betrug 515,70 Mk., die Ausgabe 548,10 Mk., verbleibt ein Defizit von 32,40 Mk., welches zur Hälfte von der Wandsbeder Liebertafel zu decken ist. Dann folgt die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 1835,90 Mk., die Ausgabe 1561,48 Mk. Laut Bericht der Revisoren sind die Abrechnungen geprüft und alles in bester Ordnung befunden worden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Unter innere Vereinsangelegenheiten wird ein Antrag des Vorstandes, den Arbeitslosen zu Weihnachten eine Extrazustellung von 5 Mk., für jedes Kind derselben 1 Mk. und für die beim Militär befindlichen 3 Mk. zu bewilligen, angenommen. Desgleichen wird der Antrag angenommen, die Sammellisten fallen zu lassen und dafür zu dem Weihnachtsergänzungs-Pflichtbilletts von 20 Pfg. einzuführen. Nachdem noch Kollege Nordmann über den Verkauf der Buchhändlerbewegung berichtet und deren tarifliche Abmachungen bespricht, erfolgt Schluß der mäßig besuchten Versammlung.